

SOLIDARITÄT



IM FOKUS

**Gerechter Wandel
statt Klimakatastrophe**



SUISSE
SOLIDAR

KÄMPFEN FÜR GLOBALE FAIRNESS



Felix Gnehm
Geschäftsleiter Solidar Suisse

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER**

In 30 Jahren wird die Welt eine andere sein – der Klimawandel zwingt uns dazu, vom Erdöl wegzukommen. Dieses Magazin fragt nicht danach, ob das geht, sondern zeigt auf, was es braucht. Das gewerkschaftlich geprägte Konzept einer «Just Transition» meint den gerechten Wandel unserer Gesellschaft von klimaschädlich zu klimafreundlich. Dies stellt insbesondere die sozial und wirtschaftlich benachteiligten, vom Klimawandel bereits arg gezeichneten Gesellschaften des globalen Südens vor immense Herausforderungen. Eine ganze Menge Treibhausgase wird auch dort beim Verrichten von alltäglicher Arbeit erzeugt – häufig bei der Produktion und dem Transport unserer Konsumgüter: auf den Zuckerrohrfeldern in Bolivien, an den Nähmaschinen in den riesigen Textilfabriken in Kambodscha, in den Trucks in Pakistan, auf den Kaffeeplantagen in El Salvador oder auf den Containerschiffen in den Weltmeeren. Diese Arbeitsstellen kommen unter Druck. Die Betroffenen müssen neue Fertigkeiten erlernen, umsatteln, sich auf neue Jobs bewerben.

Die Umstellung von Millionen klimaschädlicher Jobs auf zukunftstaugliche Arbeitsplätze kann nicht ohne Einbezug der Arbeiter*innen – und somit der Gewerkschaften – vonstattengehen. Solidar Suisse unterstützt Gewerkschaften und soziale Bewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika, damit sie sich einbringen können. Und wir engagieren uns mit dem SOLIDAR-Netzwerk in der Allianz «Just Transition». Wir verbinden ökologische und soziale Herausforderungen für einen sozialverträglichen Übergangsprozess zur grünen Wirtschaft. Damit wir eine kritische Masse an Arbeiter*innen hinter die dringende Forderung nach sozialer, ökonomischer und ökologischer Gerechtigkeit bringen.

Felix Gnehm

INHALT

04



Im Fokus – Just Transition

- 04 Mit gerechtem Wandel zugleich die Klimakrise und die extreme Ungleichheit angehen
- 07 Wie sieht für unsere Partner*innen im globalen Süden eine Just Transition aus?
- 08 Asien: Beim gerechten Wandel zu einer klimafreundlichen Wirtschaft müssen die Gewerkschaften eine Schlüsselrolle spielen
- 10 Kleinbäuer*innen im globalen Süden produzieren oft klimafreundlich
- 12 Agrarökologie-Professorin Johanna Jacobi erklärt, wie sich das globale Ernährungssystem ändern muss

13



13 Hingeschaut

Stop Black Friday: erfolgreiche Kampagne gegen extreme Ungleichheit und Überkonsum

Die Schweiz blockiert eine gerechte Verteilung der Corona-Impfstoffe

15 Festgehalten

Aktuelles im Überblick

16 Anpacken

Zishan Ahmad, der neue Leiter des Solidar-Koordinationsbüros in Pakistan, will die Armut überwinden

19 Mitkämpfen

Aktiv werden mit Solidar Suisse

16



17 Kolumne

18 Sudoku und Medienschau

19 Impressum

20 Stop Black Friday

IM FOKUS - JUST TRANSITION





Angehörige einer mauretanischen Frauenkooperative beim Putzen eines Solarpanels. Dieses treibt ein Bohrloch an, das den Gemüseanbau mit Wasser versorgt.

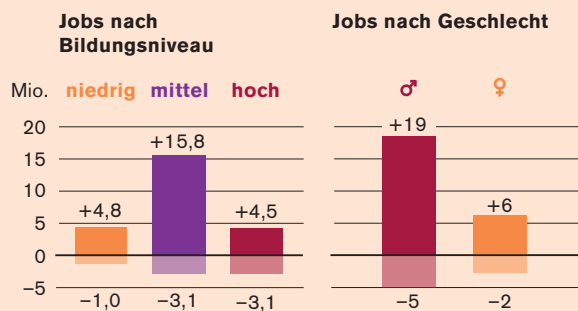
Die drei grössten und sich gegenseitig verstärkenden Herausforderungen unserer Zeit – die wachsende Ungleichheit, die Klimakrise und die Einengung demokratischer Handlungsräume – können nur gemeinsamen angegangen werden: Es braucht einen ökologischen und sozial gerechten Wandel, eine Just Transition.

GERECHTER WANDEL STATT KLIMAKATASTROPHE

*Text: Klaus Thieme, Leiter Internationale Programme,
Foto: Raphael Pouget/Climate Visuals Countdown,
Grafiken: art.l.schock*

Der Klimawandel beeinträchtigt schon heute die Lebensgrundlagen im globalen Süden massiv – vor allem jene von Armen, Kranken und Ausgegrenzten; am schlimmsten betroffen sind meist Frauen und Kinder. Deswegen engagiert sich Solidar Suisse weltweit für eine faire Wirtschaft mit würdigen Arbeitsbedingungen, die nachhaltige Existenzgrundlagen schafft. Wir stärken zivilgesellschaftliche Organisationen, um demokratische, gerechte und inklusive Gesellschaften zu fördern. Dafür braucht es auch Ernährungssicherheit und den Schutz vor Katastrophen. Diese Ziele verfolgen wir gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen vor Ort – Gewerkschaften, NGOs und soziale Bewegungen. Dabei verknüpfen wir die soziale und ökologische Agenda miteinander – ein Ansatz, der weltweit als «Just Transition» bezeichnet wird: Nur ein sozial gerechter ökologischer Umbau wird zu einer nachhaltigen und demokratischen Welt führen.

Energiewende schafft Arbeitsstellen



Anzahl Arbeitsplätze, die in einem Szenario der energetischen Nachhaltigkeit bis 2030 geschaffen und vernichtet werden könnten – nach Bildungsniveau (links) und Geschlecht (rechts)

Um den Druck auf die europäischen Regierungen zu erhöhen, haben wir gemeinsam mit dem SOLIDAR-Netzwerk im Herbst 2020 die European Alliance for Just Transition gegründet (siehe nächste Seite). Darin sind Parteien aus dem sozialdemokratischen und grünen Spektrum, gewerkschaftliche Zusammenschlüsse und Umweltorganisationen vernetzt. Denn die Verursacher*innen müssen einerseits ihre Emissionen drosseln und andererseits die Betroffenen für Schäden wegen des Klimawandels entschädigen und wappnen.

Dringlicher Umbau

Klimawandelbedingte Katastrophen nehmen weltweit zu. In Ostafrika und in der Sahelzone bedrohen Dürren hunderte Millionen Menschen, generell

wechseln sich in Subsahara-Afrika längere und heissere Trockenzeiten ab mit stürmischen Starkregen, die Ackerflächen abschwemmen. Nochmal so viele Menschen sind von Wassermangel wegen des Gletscherschwunds in den Anden und im Himalaya betroffen. Und weitere hunderte Millionen müssen wegen des steigenden Meeresspiegels in höher gelegene Gebiete umsiedeln und verlieren ihre Heimat.

Der Klimawandel hat nicht nur dramatische Auswirkungen auf die Lebensbedingungen vieler Menschen in (sub-)tropischen Regionen der Welt mit ihren verletzlichen Ökosystemen, er ist «bei uns», in den klimatisch gemässigten Zonen Europas, ebenfalls bereits spürbar. Auch in der Schweiz müssen sich Land- und Fortwirtschaft an trockenere Sommer und mildere Winter anpassen.

Populistische Heuchler*innen

In Europa polemisieren rechte Populist*innen Hand in Hand mit der Wirtschaftslobby gegen den Klimaschutz. Dieser sei wirtschaftsfeindlich, planwirtschaftlich und richte sich gegen die Bevölkerung. Erfolgreich werden die Ängste der Mieter*innen vor steigenden Mieten, der Pendler*innen vor der Erhöhung der Benzinpreise, der Tourist*innen vor teureren Urlaubsflügen nach Mallorca und der Konsument*innen vor höheren Lebensmitteln, insbesondere Fleischpreisen geschürt. Dazu wird eine drohende Deindustrialisierung mit massiver Arbeitslosigkeit an die Wand gemalt. Klimaschutz sei zu teuer für ärmere Bevölkerungsschichten. Doch diese Solidarisierung mit Benachteiligten ist pure Heuchelei; der Wirtschaftslobby geht es um den eigenen Vorteil. Mit sozial verbrämten Argumenten

Auswirkungen des Klimawandels

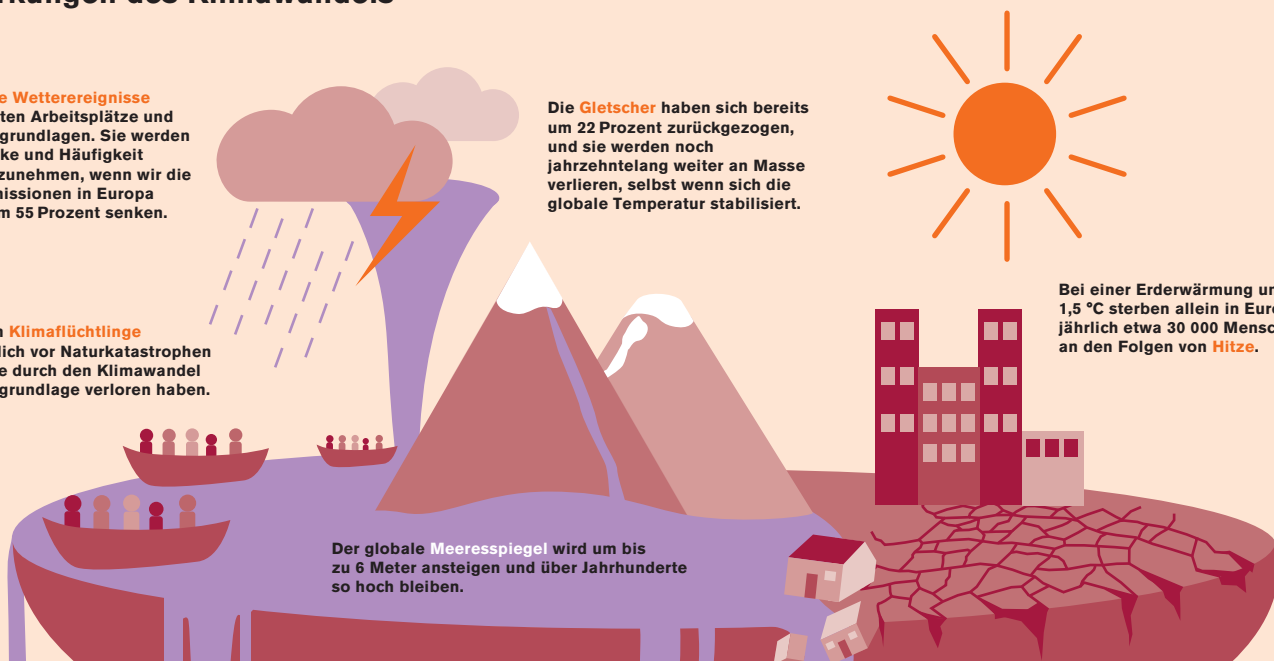
Extreme Wetterereignisse vernichten Arbeitsplätze und Lebensgrundlagen. Sie werden an Stärke und Häufigkeit weiter zunehmen, wenn wir die CO₂-Emissionen in Europa nicht um 55 Prozent senken.

20 Millionen **Klimaflüchtlinge** fliehen jährlich vor Naturkatastrophen oder weil sie durch den Klimawandel ihre Lebensgrundlage verloren haben.

Die **Gletscher** haben sich bereits um 22 Prozent zurückgezogen, und sie werden noch jahrzehntelang weiter an Masse verlieren, selbst wenn sich die globale Temperatur stabilisiert.

Bei einer Erderwärmung um 1,5 °C sterben allein in Europa jährlich etwa 30 000 Menschen an den Folgen von **Hitze**.

Der globale **Meeresspiegel** wird um bis zu 6 Meter ansteigen und über Jahrhunderte so hoch bleiben.



gegen einen entschlossenen ökologischen Umbau wollen sie ihre Privilegien, ihre staatlichen Subventionen, ihren Reichtum sichern.

Alle Jobs müssen grün werden

Der Klimawandel ist real, und unsere Produktions- und Konsumweise muss sich wandeln, wollen wir nicht das Ökosystem der Erde vernichten. Dieser Umbau kostet zunächst einmal – aber nichts zu tun, wird uns viel mehr kosten: nämlich die Lebensgrundlage von Milliarden Menschen. Die rechten Populist*innen wollen davon ablenken, dass wir den Wandel gerecht gestalten können, indem wir die Verursacher*innen besteuern, Subventionen für klimaschädliche Aktivitäten streichen und stattdessen den Schutz der Umwelt belohnen, die vom Klimawandel Betroffenen entschädigen und eine Überbrückung garantieren für diejenigen, die vom Umbau der Wirtschaft beeinträchtigt werden. Just Transition bedeutet, dass alle Jobs grün werden müssen, nicht nur die in neuen technischen Sektoren. Es werden nicht nur neue Stellen geschaffen, sondern bestehende werden sich verändern oder verloren gehen (siehe Grafik links oben). Deshalb brauchen wir Massnahmen, um uns an die neuen Anforderungen der grünen Märkte anzupassen, und soziale Schutzmechanismen, damit niemand zurückgelassen wird in diesem Prozess. Und weil Frauen am meisten betroffen sind, müssen sie im Zentrum des Wandels stehen.

Just Transition: demokratisch, gerecht und solidarisch

Der Umbau hin zu einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise bedeutet einen tiefgreifenden

Systemwandel, der nicht ohne Umverteilung und Verzicht zu haben ist. Damit er angepackt wird, müssen wir gemeinsam handeln und Druck aufbauen: auf der Strasse, im Betrieb und in der Politik, im Norden wie im Süden.

Demokratie, Mitsprache und die Berücksichtigung der Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen schaffen soziale Gerechtigkeit und verhindern extreme Ungleichheit. Demokratisch organisierte Klimamassnahmen können eine Lösung für die zahlreichen Krisen darstellen, mit denen wir heute konfrontiert sind. Wir können unsere Volkswirtschaften so umgestalten, dass sie gleichberechtigter, inklusiver, transparenter, demokratischer, vielfältiger, feministischer, kollaborativer, zirkulärer und nachhaltiger werden. Mit dem Effekt, dass menschenwürdige, hochwertige, nachhaltige Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden, womit unsere Lebensgrundlagen nicht zerstört werden.

Damit der Wandel tatsächlich die Situation der Arbeiter*innen im Süden verbessert, müssen die Gewerkschaften gestärkt werden, um auf die neue Situation reagieren zu können. Wie Solidar Suisse dies in Asien tut, lesen Sie auf Seite 8. Auch Kleinbäuer*innen, die mit ihrer emissionsarmen Produktionsweise die Mehrheit der Weltbevölkerung ernähren, sind Teil der Lösung, gleichzeitig jedoch besonders vom Klimawandel bedroht. Wir unterstützen sie bei der Entwicklung von angepassten Methoden (siehe Seite 10). Was es braucht für die dringend nötige Umgestaltung des Ernährungssystems, das für über 30 Prozent der klimaschädlichen Emissionen verantwortlich ist, erfahren Sie auf Seite 12.

NICHT AUF DEM BUCKEL DER ARBEITER*INNEN

Wie sehen unsere Partner*innen im globalen Süden einen gerechten Wandel? Und was erwarten sie von den Verbündeten im Norden? Eine Antwort auf diese Frage aus dem SOLIDAR-Netzwerk.

Text: Cajsa Unnbom, Beraterin für Klima und Umwelt beim Olof Palme International Center

Die Partner*innen des europäischen SOLIDAR-Netzwerks in den Philippinen und Südafrika betonen, dass die Definition von Just Transition im Norden für ihre Länder nicht passt. Idealvorstellungen eines Staates, der in eine grosse Zahl von neuen, grünen und fairen Stellen investiert, sind

hier nicht realistisch. Abgesehen von der Herausforderung, destruktive Industrien im Rekordtempo in grüne Produktionen zu verwandeln, hat der globale Süden mit extremer Ungleichheit zu kämpfen – die Hinterlassenschaft von Jahrhunderten kolonialer Ausbeutung: verbreitete Armut, grosse Arbeitslosigkeit

keit, Korruption und schwindende zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume. Nicht zu vergessen die Klimakrise, die sich hier am massivsten auswirkt.

Ganzheitliche Vorgehensweise

Die Gewerkschaften fordern, dass alle Jobs grün und fair sein müssen und dass die Arbeiter*innen beim Umbau ihrer Sektoren mitreden können – denn sie sollen nicht für den Ausstieg aus den dreckigen Industrien bezahlen. Im Fokus kann nicht die Überführung von formell Angestellten in neue Jobs stehen, ein gerechter Übergang muss insbesondere die Bedingungen der Mehrheit der Arbeiter*innen verbessern, die informell beschäftigt und nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Oder wie es eine Stimme aus der Zivilgesellschaft in Südafrika ausdrückt: «Ohne gerechten Wandel und Energie als öffentliches Gut wird es eine andere Form von Kapitalismus, in dem Arbeiter*innen ausgebeutet

werden.» Priorität haben Menschenrechte für alle: sauberes Wasser, würdige Unterkunft, sanitäre Einrichtungen, Bildung, Energie und Gesundheitsversorgung. Der Wandel kann nicht nur auf die Reduktion der Emissionen setzen, sondern muss die Gesellschaften befähigen, mit den Auswirkungen der Klimaerwärmung umzugehen; und er muss die lokalen Gemeinschaften ihr Vorgehen selbst bestimmen lassen.

Gebündelte Schlagkraft

Der notwendige Übergang zu einer nachhaltigen Produktion ohne fossile Brennstoffe wird die globalen Lieferketten völlig umgestalten. In Ländern wie Südafrika gibt es keinen Spielraum für temporäre Entlassungen mit dem Versprechen auf zukünftige grüne Jobs nach der industriellen Erneuerung. Hier führen Arbeitsplatzverluste zu Hunger. Auch die Gewerkschaften müssen ihre Arbeitsweise verändern: marginalisierte Arbeiter*innen integrieren, in neue, grüne Sektoren investieren und strategische Allianzen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, progressiven Parteien und sozialen Bewegungen eingehen. Deshalb fördert das SOLIDAR-Netzwerk den Süd-Süd-Austausch und die Bildung nationaler Netzwerke. Wir lernen voneinander und entwickeln unsere Aktivitäten dauernd weiter. Durch die Verbindung verschiedener Kämpfe und Bewegungen hat eine Just Transition das Potenzial, eine kritische Masse hinter die dringende Forderung nach sozialer, ökonomischer und ökologischer Gerechtigkeit zu bringen.



SOLIDAR-Netzwerk

Solidar Suisse ist Mitglied des SOLIDAR-Netzwerks von mehr als 50 Organisationen aus 26 Ländern, die traditionell mit der Arbeiterbewegung, den Gewerkschaften oder der Sozialdemokratie verbunden sind. Sie teilen die Vision von sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit.

SCHLÜSSELROLLE DER GEWERKSCHAFTEN

Damit der Wandel zu einer klimafreundlichen Wirtschaft gerecht ist, braucht es den Beitrag der Gewerkschaften. Doch sie werden häufig nicht miteinbezogen, wie das Beispiel der Solidar-Partnerorganisation OSHE in Bangladesch zeigt.

Text: Repon Chowdhury, Leiter der Bangladesh Occupational Safety, Health and Environment Foundation OSHE, Foto: Afghani/Bangladesh Red Crescent

Dürren, Hitzewellen, Starkregen und zunehmende Wirbelstürme beeinträchtigen auch die Arbeitsplätze massiv. Am stärksten betroffen sind informell und temporär Beschäftigte und Sektoren wie Energie, Landwirtschaft, Tourismus und Transport, die von natürlichen Ressourcen abhängig sind. Wer wenig Kapazitäten hat, sich anzupassen, weil alternative

Einkommensmöglichkeiten und Sozialversicherungen fehlen, wer stark vom Angebot an Wasser und Nahrungsmitteln abhängig ist, leidet besonders. Allen voran Frauen, die wegen der Geschlechterungleichheit weniger Möglichkeiten haben als Männer.

So führt zum Beispiel Hitzestress zu geringerer Produktivität, das Einkommen sinkt, und die Arbei-



Zwei Frauen in Bangladesch waten durch Wasser, um ihre von der schweren Überschwemmung im Juni 2020 betroffenen Häuser zu verlassen.

ter*innen sind zu kurz- oder längerfristiger Migration gezwungen. Manche verlieren ihre Arbeit, oder ihr Zuhause wird wegen vergangener oder drohender Naturkatastrophen unbewohnbar. Allein in den Küstenstaaten Bangladeschs, Indiens, Pakistans und Sri Lankas waren laut Weltbank in der letzten Dekade über 700 Millionen Menschen – fast die Hälfte der Bevölkerung Südasiens – von mindestens einer klimabedingten Katastrophe betroffen.

Pariser Klimaabkommen fordert Just Transition

Der Umbau zu einer CO₂-armen Wirtschaft kann zu Fabrikschliessungen, begrenzten Erntemöglichkeiten oder dem Ende der Versorgung mit fossilen Brennstoffen führen. Für die Transformation zu einer nachhaltigen Entwicklung werden die Länder Asiens ihre ökonomische und soziale Politik verändern müssen. Das Pariser Klimaabkommen von 2015 legt explizit fest, dass dabei die «Erfordernisse eines gerechten Übergangs für die Erwerbstätigen und die Schaffung vonwürdiger Arbeit und hochwertigen Arbeitsplätzen im Einklang mit den national definierten Entwicklungsprioritäten» erfüllt werden müssen.

Leere Versprechen an der COP 26

Die Gewerkschaften nahmen im letzten November an der 26. Uno-Klimakonferenz in Schottland teil und forderten klare Entscheidungen zur Finanzierung der Anpassung an den Klimawandel im globalen Süden, zur Umsetzung eines gerechten Wandels und zur Integration klimakonformer Arbeitsplätze in die national festgelegten Klimaschutzbeiträge (NDC). Doch obwohl die Klimakonferenz einmal mehr das

krasse Ausmass der Klimakrise sichtbar machte, erhielten sie nichts als leere Versprechungen. Die von den Staats- und Regierungschef*innen der Welt eingegangenen Verpflichtungen genügen nicht, um die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, noch werden sie von wirksamen politischen Massnahmen begleitet. So wird der Bruch mit den dominanten Produktions- und Konsummustern zwecks Transition zu einer Null-Emissionen-Ökonomie nicht gelingen.

Bangladesch: Gewerkschaften aussen vor

In Bangladesch wurden die Gewerkschaften bei der Formulierung des NDC, der alle industriellen Sektoren umfasst, nicht konsultiert. So sind die Anforderungen an einen gerechten Wandel – und der nötige Beitrag von Arbeitsministerium, Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften – darin nicht zu finden.

Dabei hatten sich die Gewerkschaften, unter ihnen die Solidar-Partnerorganisation OSHE, stark für die Integration der Just-Transition-Agenda eingesetzt. Wir führten eine nationale Kampagne für «klimaangepasste Arbeit» und ein Online-Seminar mit der nationalen Arbeitgeber-Organisation durch. Damit wollen wir den sozialen Dialog verbessern und das Engagement der Gewerkschaften in Sachen Gerechtigkeit für klimaverletzliche Arbeiter*innen fördern. Denn die Gewerkschaften spielen eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, bei notwendigen strukturellen Änderungen hin zu einer emissionsarmen Ökonomie würdige Arbeitsbedingungen zu garantieren. Ohne Investitionen in neue Arbeitsstellen, in einen gerechten Wandel und den sozialen Schutz aller nimmt die Gefährdung der vom Klimawandel betroffenen Arbeiter*innen immer mehr zu.

SOZIALVERTRÄGLICHE GRÜNE WENDE

Kleinbäuer*innen im globalen Süden produzieren meist klimafreundlich und sind gleichzeitig stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Solidar unterstützt sie in El Salvador und Burkina Faso mit agrarökologischen Methoden.

Text: Serafina Häfeli, Programmmitarbeiterin Burkina Faso, und Monika Hess, Programmleiterin Zentralamerika, Fotos: Fred Ramos/Fairpicture und Andreas Schwaiger



Xenia Guerra auf dem Hof ihrer Familie in El Salvador, wo sie eine Hühnerzucht betreibt.

Mehr als drei der 20 Millionen Einwohner*innen von Burkina Faso haben nicht immer genug zu essen, ein Viertel der Kinder leidet unter chronischer Unterernährung. Die Landwirtschaft im trockenen Land ist zusätzlich vom Klimawandel in Form geringerer Niederschläge, kürzerer Regenzeiten und

steigender Temperaturen betroffen. Dies bedroht die Existenz der Bevölkerung, die überwiegend jung und als Kleinbäuer*innen tätig ist. Auch die steigende Zahl an Vertriebenen wegen der zunehmenden Gewalt im Norden des Landes trägt zur Ernährungsunsicherheit bei.

Bokashi statt Pestizide

Damit sie das vertrocknete Land wieder fruchtbar machen und ihre Produktion nachhaltig steigern können, vermittelt Solidar Suisse Kleinbäuer*innen in Burkina Faso agrarökologische Methoden. Sie lernen, den organischen Kompost Bokashi herzustellen und anstelle von giftigen und teuren Pestiziden zu verwenden. «Die Weiterbildungen haben meine Einstellung verändert und meiner Produktion Auftrieb verliehen», erzählt Boukaré Kaboré von der Kooperative Malgzingo, gut 100 Kilometer östlich der Hauptstadt Ouagadougou. «Früher haben wir nur für unsere Felder Kompost produziert, nun verbessert dessen Verkauf unsere Lebensbedingungen



Ihre Spende wirkt

In Burkina Faso ermöglichen Sie mit 50 Franken das Pflanzen von 50 Bäumen mit hohem Nährwert wie Baobab oder Moringa. Mit Ihrem Beitrag von 70 Franken können zwei Produzent*innen den Reisanbau erlernen und bekommen das nötige Saatgut und Dünger, um selbst Reis anzupflanzen. Für 185 Franken erhält ein Kleinbauer oder eine Kleinbäuerin eine Schulung in Viehwirtschaft und Tiere für den Start einer eigenen Zucht.

zusätzlich. Ausserdem arbeiten wir dank des Projekts enger zusammen.» Mit weitreichenden Folgen: So gibt es nun lokale Solidaritätsinitiativen, um die verletzlichsten Personen mit Nahrungsmitteln zu unterstützen. Die Bäuer*innen spenden Getreide,

«Ich komme jetzt für mich selbst auf und trage zum Familieneinkommen bei.»

das gelagert und in Mangelzeiten an die Bedürftigsten verteilt wird. Auch haben die Gemeinschaften interne Finanzierungsmethoden entwickelt, die sie – unabhängig von externer Unterstützung – besser gegen Krisen absichern.

Traditionelle Methoden, die das Wasser zu speichern helfen, kommen ebenfalls zum Einsatz. Mit ihrer ökologischen Produktionsweise machen die Kleinbäuer*innen die degradierten Böden wieder fruchtbar und sind selbst besser gewappnet gegen den Klimawandel. So leisten sie einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Landwirtschaft und einem gerechten Wandel.

Diversifizierte Produktion hilft gegen Katastrophen

In Zentralamerika ist der Hunger aufgrund von Klimawandel, Wirbelstürmen und Corona-Krise ebenfalls stark gestiegen. Allein in El Salvador sind knapp eine Millionen Menschen – rund 14 Prozent der Bevölkerung – akut von Hunger betroffen. Die Folge sind unterernährte Kinder, Migration und eine zunehmende Zahl von Menschen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind.

Auch hier bildet Solidar Suisse Kleinbäuer*innen, die schon heute massiv unter der Klimaerwärmung leiden, in agrarökologischen Methoden aus. Unsere Partnerorganisation CORDES unterstützt sie dabei, ihre Höfe auf die veränderten Klimabedingungen – vor allem Dürren – auszurichten, den Anbau und ihre Einkommensquellen zu diversifizieren. So bricht bei Klimakatastrophen nicht der gesamte Ertrag weg. Angepasste Sorten verbessern die Ernte, der Verkauf auf Märkten verhindert lange Wege und unterstützt die lokale Wirtschaft.

Perspektiven für Jugendliche

Insbesondere Jugendliche und Frauen erhalten Beratung und Starthilfen, um auf ihren Höfen ein-



Bäuerinnen in Burkina Faso lockern ihre trockenen Felder auf.

kommensfördernde Projekte umzusetzen. 90 Prozent der Beteiligten, die wenige Hundert Franken erhalten haben, gelang es dadurch, sich ein existenzsicherndes Einkommen aufzubauen. Eine von ihnen ist Xenia Guerra: «Ich komme jetzt mit meiner Produktion für mich selbst auf und trage ausserdem zum Familieneinkommen bei.»



Agrarökologie: klimafreundlich und sozial

Eine Methode, um sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen und ihm gleichzeitig entgegenzuwirken, ist die Agrarökologie: Damit können Kleinbäuer*innen auch unter stark veränderten Klimabedingungen ausreichend Nahrungsmittel für ihre Kinder und den lokalen Markt produzieren. Dank lokaler Sorten tun sie dies unabhängig von grossen Agrarkonzernen und ohne Pestizideinsatz; sie fördern die Biodiversität und brauchen weniger Land – bei gleich hoher Produktivität wie die grossen Monokulturen. Die Diversifizierung des Anbaus macht die Menschen weniger anfällig auf Krisen und Naturkatastrophen. Weil die Menschen die Produktionsmittel besitzen, verringert die Agrarökologie ausserdem die Ungleichheit und stützt das Ernährungssystem breit ab.



Foto: zVg

«ES BRAUCHT EINE DEMOKRATISIERUNG DES ERNÄHRUNGSSYSTEMS»

Johanna Jacobi, Professorin für agrarökologische Transitionen an der ETH Zürich, erklärt, wie sich die Landwirtschaft und Ernährung im Sinne eines gerechten Wandels ändern müssen.

Interview: Katja Schurter, verantwortliche Redaktorin der Solidarität

Was verstehen Sie unter *Just Transition*?

Einen gesamtgesellschaftlichen, fundamentalen, sozial gerechten Übergang zu einer ökologisch verträglichen Wirtschaftsweise. Diejenigen, die den Klimawandel nicht verursacht haben, aber davon betroffen sind, sollen ebenso berücksichtigt werden wie diejenigen, die nicht direkt mitreden können: zukünftige Generationen, Pflanzen und Tiere.

Mindestens 30 Prozent der klimaschädlichen Emissionen werden durch die Nahrungsmittelproduktion verursacht. Welche Veränderungen braucht es im globalen Ernährungssystem?

Das Grundproblem ist die extrem ungleiche Machtverteilung: Vier globale Konzerne kontrollieren den gesamten Saatgutmarkt. Das Ernährungsempire von Nestlé, Danone & Co entscheidet, was weltweit produziert, transportiert,

konsumiert wird. In der Schweiz bestimmen zwei Grossverteiler das Angebot. Nahrungsmittel gehen dahin, wo die Kaufkraft ist, nicht wo Menschen Hunger haben. Das können wir als Konsument*innen kaum beeinflussen. Es braucht eine Demokratisierung der Wirtschaft, denn aktuell entziehen sich die Konzerne der demokratischen Kontrolle. Wir müssen für entsprechende politische Rahmenbedingungen kämpfen und gleichzeitig Alternativen aufbauen wie zum Beispiel Direktvermarktung und Solidar-Ökonomie.

Wie realistisch ist das?

Es braucht ein klares Bekenntnis vonseiten der Politik, des Privatsektors und der Zivilgesellschaft. Solange die Wissenschaft in technokratischen Teillösungen denkt anstatt die Grundproblematik anzugehen, wird es nicht geschehen. Wir halten an einem

rein kapitalistischen System fest, das auf der Ausbeutung von Rohstoffen und Menschen basiert. Unsere Chance sind die vielen kleinen Initiativen, die ein enormes Wissen über die Alternativen haben.

Was tragen Kleinbäuer*innen in den Ländern des Südens zu *Just Transition* bei?

Sehr viel. Sie produzieren in vielen Ländern über 70 Prozent der Nahrung, obwohl sie höchstens 30 Prozent des Agrarlands nutzen, auf schlechten Böden und ohne Pestizide. Sie sind also unglaublich effizient. Aber ihnen wird das Land weggenommen, oder sie werden dazu gedrängt, für den Export zu produzieren statt für die Versorgung der ansässigen Menschen.

Was bedeutet das für die *Entwicklungszusammenarbeit*?

Wir müssen uns von der Idee verabschieden, dass unsere westliche Art, die Welt zu sehen, die einzig mögliche ist. Wir sind noch sehr kolonial orientiert, auch in der Wissenschaft. Die Prinzipien der Agrarökologie müssen ins Zentrum gerückt und die rein monetäre Fixierung auf Exportlandwirtschaft beendet werden. Die Agrarökologie verbindet traditionelles lokales Know-how mit wissenschaftlicher Expertise; sie ist auch eine soziale Bewegung für Ernährungssouveränität.

Was können wir im Norden dazu beitragen?

Weniger und nachhaltiger konsumieren ist wichtig, aber es reicht nicht. Aktuell macht der faire Handel nur einen verschwindend geringen Anteil aus, dabei dürfte es gar keinen «unfairen» Handel geben. Es geht aber nicht nur um den Konsum, sondern auch darum, dass wir politisch aktiv sind und uns organisieren: für ein solidarisches Wirtschaften.

STOP BLACK FRIDAY

Unsere Kampagne gegen extreme Ungleichheit und Überkonsum war ein voller Erfolg. Mehr als 29 000 Personen unterzeichneten die Petition, über 200 Medienberichte machten darauf aufmerksam.

Text: Fabienne Widmer, Kampagnenverantwortliche, Foto: Spinas Civil Voices

In den Fabriken von Billiglohnländern werden immer mehr Produkte hergestellt, die gar nicht verkauft werden können und über Umwege direkt im Müll landen. Rabattschlachten wie der Black Friday sind ein Höhepunkt dieses für das Klima und die Arbeiter*innen in den Produktionsländern katastrophalen Überkonsums. Da die Ware nichts kosten darf, bekommen beispielsweise Näher*innen in Kambodscha den Preisdruck direkt zu spüren. Mit ihnen kämpft Solidar Suisse seit Jahren für faire Löhne. Um diese Schnäppchentage zu stoppen, haben wir eine Petition an den Schweizer Detailhandelsverband lanciert und eine Debatte bei den Konsument*innen angestossen.

Viele positive Reaktionen

Mit unserem Kampagnenvideo und Online-Posts erreichten wir über 3,5 Millionen Personen in der Deutsch- und Westschweiz. Unser Newsletter löste viele positive Reaktionen aus, und Strassenaktionen in Zürich und Lausanne erregten Aufmerksamkeit. Nach Abschluss der Unterschriftensammlung wollten wir von den Unterstützer*innen wissen, wie wir mit der Kampagne weiterfahren sollen. Zur Auswahl standen die Weiterführung der Kampagne zur Abschaffung des Black Friday, ein zusätzlicher Fokus auf einzelne Schweizer Konzerne, die Nachhaltigkeit predigen und gleichzeitig Rabattschlachten feiern, sowie Spendensammeln, um die Arbeiter*innen im Süden zu unterstützen. Die ersten beiden Vorschläge stiessen bei den 2500 Teilnehmenden auf die grösste Zustimmung. Diese machten auch regen Gebrauch von der Möglichkeit, ihre Ideen für die Zukunft der Kampagne mitzuteilen. Zum Beispiel schrieben einige, dass sie sich eine positive Kampagne wünschen. Diese Rückmeldungen fliessen unter anderem in die Planung künftiger Kampagnen ein.

Prominenter Support

Breite Unterstützung kam nicht nur aus der Bevölkerung, sondern auch vom Netzwerk unserer SP-Trägerschaft. Carlo Sommaruga und Tamara Funicello machten sich gemeinsam mit Cédric Wermuth und Matteo Meyer für das Anliegen stark, und auch die SP Genf war dabei. Mit Balthasar Glättli von



*Am Zürcher Paradeplatz verteilten wir Flyer für die Abschaffung des Black Friday an die Passant*innen.*

den Grünen kämpfte ein weiterer Parteipräsident an unserer Seite. Darüber hinaus stand der TV-Satiriker Dominik Deville vor das Mikrophon, andere Prominente teilten unsere Artikel wie der Mountainbiker Nino Schurter, der Moderator Nik Hartmann oder der Musiker Henrik Belden. Wertvolle Unterstützung gab es auch vom Klimastreik Schweiz.

Dialog steht noch aus

Weniger erfolgreich war unsere Absicht, die Anbieter*innen zum Umdenken zu bewegen. Christa Markwalder, FDP-Nationalrätin und Präsidentin des Schweizer Detailhandelsverbands, gab zwar den Medien gegenüber Auskunft, reagierte aber nicht auf unsere Gesprächseinladungen. Zum Abschluss der Kampagne baten wir sie erneut zu einem Austausch, mussten jedoch die über 29 000 Unterschriften schlussendlich per Post zustellen.

Nun werden wir die Erfahrungen analysieren und die nächste Kampagne planen, um die extreme Ungleichheit zu bekämpfen. Wir freuen uns, wenn Sie uns wieder unterstützen!

DIE «APARTHEID» DER IMPFSTOFFVERTEILUNG UND DIE LEKTION OMIKRON

Anstatt sich zu verbarrikadieren, muss die Schweiz die Patente auf Impfstoffe aufheben und ihre Pharmaunternehmen dazu bewegen, die Technologie zu teilen.

Text: Isolda Agazzi, Alliance Sud, Foto: Patrick Gilliéron Lopreno



Nachdem die Schweiz ihre Grenzen für Reisende aus dem südlichen Afrika geschlossen hatte, war es undenkbar geworden, das Ende November geplante Gipfeltreffen der Welthandelsorganisation WTO abzuhalten, da unter anderem der entscheidende Minister aus Südafrika nicht teilnehmen konnte. Denn Ironie des Schicksals (oder auch nicht), dort wurde nicht nur die nach Delta in Indien besorgniserregendste Corona-Variante entdeckt: Bereits im Oktober 2020 hatten die beiden Länder der WTO vorgeschlagen, Patente auf Impfstoffe, Tests und Medikamente gegen Covid-19 aufzuheben – eine befristete Ausnahmeregelung, um die Produktion von Mitteln zur Bekämpfung des Virus zu steigern. Doch auch zwei Jahre nach Ausbruch der Pandemie haben lediglich fünf Prozent der Bevölkerung in armen Ländern zwei Dosen des Impfstoffs erhalten.

Schweiz blockiert Aufhebung des Patentschutzes

Die für die Weltgesundheitsorganisation geschaffenen Mechanismen, angefangen mit der Covax-Initiative, reichen nicht aus, um die gesamte Weltbevölkerung zu impfen. Der indische und südafrikanische Vorschlag wurde von 105 WTO-Mitgliedern unterstützt, und die USA befürworten zumindest die

Aktion für den temporären Verzicht auf Eigentumsrechte am 30. November 2021 vor dem internationalen Verband der Pharmaunternehmen IFPMA in Genf.

Aufhebung des Schutzes des geistigen Eigentums für Impfstoffe. Die Schweiz führt die Front der ablehnenden Nationen an, zusammen mit der EU (insbesondere Deutschland) und Grossbritannien. Diese Länder sind zwar in der Minderheit, aber WTO-Entscheidungen werden nur einstimmig getroffen.

Die Blockierer*innen schlagen vor, die Ausstellung von Zwangslizenzen zu erleichtern. Diese ermöglichen es einem Land, Generika herzustellen oder zu importieren, wenn es selbst keine produziert. Sie sind – ebenfalls wegen des Widerstands von Industrieländern wie der Schweiz – jedoch sehr schwierig zu handhaben. Als weitere Lösung postulieren sie, die freiwillige Lizenzierung durch Unternehmen zu erleichtern, gemäss dem Modell von Astra Zeneca mit dem Serum Institute of India, dem Hauptlieferanten für Covax. Dies ist aber ebenso unzuverlässig: Als Indien von der Delta-Variante überschwemmt wurde, behielt es die Impfstoffe für sich und stellte den Export ein. Darum ist eine temporäre Aufhebung des geistigen Eigentums unerlässlich. Ohne die nächste Ministerkonferenz abzuwarten, kann und muss diese vom Allgemeinen Rat der WTO beschlossen werden.

Exorbitante Gewinne der Pharmaindustrie

Die Offenlegung der Produktionsgeheimnisse reicht jedoch nicht, wenn die Pharmaunternehmen nicht bereit sind, ihre Monopole aufzugeben und Technologie und Know-how zu teilen. Die Schweiz als Sitz vieler Pharmaunternehmen und deren Verband IFPMA muss diese dazu auffordern, ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflicht wahrzunehmen, anstatt weiterhin ihre Interessen zu verteidigen. Moderna, Pfizer und BioNTech kassieren zusammen 65 000 Dollar pro Minute mit ihren mRNA-Impfstoffen, die mit viel öffentlichen Geldern entwickelt wurden. Wie Omikron zeigt, ist niemand vor diesem Virus sicher, solange nicht die ganze Welt vor ihm sicher ist. Die Grenzen zu schliessen wird nichts nützen.



Foto: Solidar Suisse

PROTEST GEGEN MISSHANDLUNG VON PALMÖL-ARBEITER*INNEN

Die unabhängige Koalition der Arbeitsmigrant*innen KBMB übergab am 25. November 2021 der malaysischen Botschaft in Jakarta eine Petition, die ein Ende der Razzien gegen undokumentierte Arbeitsmigrant*innen und deren Misshandlung in den überfüllten Ausschaffungszentren fordert. Gemäss eines von Solidar unterstützten Berichts starben 2021 im Zeitraum von nur vier Monaten mindestens zwölf inhaftierte Migrant*innen in einem Ausschaffungszentrum in Sabah, unter anderem weil sie keine medizinische Versorgung erhielten. «Die Behörden unternehmen keine ernsthaften Bemühungen, die Menschenrechte der Arbeitsmigrant*innen zu garantieren, obwohl Malaysia von ihnen abhängig ist für seine hoch profitable Palmölindustrie», sagte eine KBMB-Vertreterin.

KAMBODSCHA: BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN AUF DEM BAU

Am vergangenen 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, standen 65 Mitglieder der kambodschanischen Baugewerkschaft BWTUC vor dem Zaun rund um das Ministerium für Arbeit und Berufsbildung in Phnom Penh. Mit blauen Schutzhelmen auf den Köpfen und Protestschildern in den Händen übergaben sie ihre Petition für mehr Rechte und sozialen Schutz der Arbeiter*innen im Bausektor. Solidar Suisse kämpft seit Jahren zusammen mit der BWTUC gegen Ausbeutung und für bessere Arbeitsbedingungen in Kambodscha. Obwohl der Staat unabhängige Gewerkschaften behindert, klärt die BWTUC Arbeiter*innen über ihre Rechte auf, unterstützt sie juristisch und berät sie in ihren Bemühungen für ein besseres Leben.



Foto: Solidar Suisse



Foto: Chollitas escaladoras

BOLIVIEN: GIPFELSTURM FÜR EIN LEBEN OHNE GEWALT

Suibel Gonzalez von den Cholitas escaladoras – die kletternden Cholitas – hat Ende letztes Jahr den über 6000 Meter hohen Gipfel des Illimani erreicht. Die Cholitas escaladoras wollen patriarchale Regeln brechen, indem sie aussergewöhnliche Ziele erreichen. Sie machen damit auf wichtige Themen aufmerksam wie die Ermächtigung von Frauen, den Stopp jeglicher Form von Gewalt und den Klimawandel. «Denn die Cholitas haben den Gletscherschwund mit eigenen Augen gesehen», sagt Gonzalez. Solidar Suisse in Bolivien unterstützt die Ziele der Cholitas escaladoras – insbesondere im Projekt «Vida sin Violencia», das sich dafür einsetzt, dass Frauen ein Leben ohne Gewalt führen können.



EINE KARRIERE IM ZEICHEN DER SELBSTLOSIGKEIT

Zishan Ahmad hat letztes Jahr die Leitung des Solidar-Koordinationsbüros in Pakistan übernommen. Der Mann mit Migrationshintergrund setzt sich unentwegt für Benachteiligte ein.

Text: Lionel Frei, Mitarbeiter Kommunikation, Foto: Solidar Suisse

Zishan Ahmad ist direkt in seiner Art und hat eine warme Ausstrahlung. In Anzug und Krawatte scheint er einer amerikanischen Business School entsprungen. Trotz beeindruckendem Werdegang treibt nicht Profitstreben den neuen Solidar-Landesvertreter in Pakistan an. «Meine beruflichen Ambitionen sind eher von Mitgefühl für andere motiviert als vom Wunsch nach Erfolg», erklärt er. Dieses Engagement wurzelt in den Werten seiner Familie, von deren aussergewöhnlichem Lebensweg er gerne erzählt.

Eine ambitionierte Familie

Ahmads Familie hat sich den Weg aus der Armut erkämpft: «Ich bin stolz auf meine Eltern», erzählt er mir gleich zu Beginn unseres Austauschs. «Sie haben es geschafft, den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen, in dem ihre Vorfahren gefangen waren. Ihr Lebensweg hat mich inspiriert.»

Werfen wir einen Blick in die Geschichte: 1947 wurde der indische Subkontinent mit blutigen Folgen in Pakistan und Indien aufgeteilt. Zishan Ahmads Vater, ein Muslim, floh nach Pakistan. «Er war noch ein Kind, als er zusammen mit seiner verwitweten Mutter und einem Onkel, der jünger war als er, in Pakistan

ankam. Hier war er mit den schlimmsten Formen von Kinderarbeit konfrontiert: Er musste Müll sammeln und Kohle schaufeln.» Der Arbeitgeber seines Vaters,

«Meine Eltern haben es geschafft, den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen. Das hat mich inspiriert.»

ein Schmied, schlug ihn einmal mit einer heissen Eisenklinge, was eine bleibende Narbe hinterliess. «Dank seiner Charakterstärke schaffte es mein Vater, Primarlehrer zu werden und später ein eigenes Unternehmen zu gründen. Auch meine Mutter spielte eine wichtige Rolle: Sie war eine gebildete Frau, was in den 1960er Jahren nicht üblich war. Sie baute zu Hause eine Schule auf für marginalisierte Kinder – insbesondere Mädchen, welche die Schule wegen sozialer Stigmatisierung, wirtschaftlicher Zwänge

Zishan Ahmad engagiert sich für soziale Bewegungen in Pakistan.

oder kultureller Barrieren abgebrochen hatten.» Die Familie hielt zusammen. «Wir waren ein Team, und ich war die rechte Hand meines Vaters», erzählt Zishan Ahmad stolz. Dank ihrem starken Willen und gegenseitiger Solidarität war allen sechs Kindern ein Universitätsabschluss möglich. Zishan Ahmad machte an der Universität Islamabad den Master in Volkswirtschaft und Entwicklung.

Engagement für Arbeitsrechte

Sein erstes berufliches Engagement fand er bei Unicef, wo er sich für den Schulbesuch von Kindern einsetzte. Es folgte eine Reihe von Tätigkeiten bei führenden internationalen Organisationen: Oxfam, UNDP, USAID. Im Jahr 2015 wurde er Zeuge eines schweren Arbeitsunfalls auf einem defekten Gerüst. Er schrieb einen Brief an den Regierungschef der Provinz und bat ihn, besser für die Einhaltung der Arbeitssicherheitsstandards zu sorgen. «Ich habe keine Antwort erhalten», sagt er mit einem Lachen, «aber diese Aktion hat mich für die Arbeitsrechte und die Bedeutung von Inspektionen sensibilisiert.» Das Erlebnis führte zu einer Neuorientierung seiner Karriere. Ein Jahr später begann er bei der Internationalen Arbeitsorganisation. Fünf Jahre lang baute er als nationaler Koordinator Partnerschaften auf und verhandelte mit den Behörden, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Nach 20 Jahren in internationalen Organisationen wollte Zishan Ahmad an der Basis tätig werden. Dies tut er nun als Leiter des Solidar-Koordinationsbüros. «Ich möchte die Gewerkschaften und lokalen Strukturen stärken.» Zwar bringe das Streben nach sozialer Gerechtigkeit manchmal Momente des Zweifels und der Entmutigung mit sich: «Aber mein fester Glaube an den Kampf für und mit den Ärmsten, gibt mir die Kraft und die Motivation, um zu handeln.»

Carlo Sommaruga
Solidar-Präsident



Banken und Rohstofffirmen umbauen

Die landwirtschaftliche und industrielle Produktionsweise, unser Konsumverhalten, die Mobilität und das Finanzsystem sind stark von Kohle, Öl und Gas abhängig. Die Klimakrise drängt uns dazu, unsere Lebensweise so rasch wie möglich zu ändern und auf fossile Energieträger zu verzichten. Diese tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Umgestaltung der Gesellschaft in Bezug auf Arbeitsplätze, Konsumgewohnheiten und Lebensgrundlagen wird die nächsten Jahrzehnte stark prägen. In der Schweiz sind Sektoren wie Landwirtschaft, Wohnungsbau, Verkehr, Tourismus und natürlich die Energiewirtschaft speziell betroffen. Arbeitsformen werden sich grundlegend verändern und Arbeitsplätze verloren gehen. Es werden aber auch neue – klimaverträgliche – Jobs entstehen. Um die negativen Auswirkungen dieses Übergangs auf die Arbeitnehmer*innen so weit wie möglich abzumildern, treten internationale Gewerkschaften und Entwicklungsorganisationen wie Solidar Suisse für eine Just Transition – einen gerechten Wandel – ein. Neben einer soliden öffentlichen Sozialversicherung bedingt dies zwingend auch Umschulungsprogramme.

Die Schweiz muss in zwei wichtigen Wirtschaftszweigen zu einem gerechten Wandel beitragen. Zum einen ist dies der Finanzplatz. Alle Banken müssen rasch ihre enormen Finanzierungen im Bereich der fossilen Energien einstellen und massiv in den Energiewandel investieren. Zum anderen müssen die Schweizer Rohstoff- und Bergbaugiganten aufhören, fossile Energieträger wie Öl oder Kohle auszubeuten und damit zu handeln. Beide Sektoren werden nur dann eine Zukunft haben, wenn sie sich klimafreundlich entwickeln und auf die Kraft von Wind, Sonne und Wasser setzen.



Solidar verschafft Zugang zu Bildung

Die Alphabetisierungsrate in Pakistan beträgt niedrige 60 Prozent, und Kinderarbeit ist weit verbreitet. Solidar Suisse setzt sich in den Armenvierteln der Hauptstadt Islamabad für die Rechte von Kindern und deren Zugang zur Schule ein. Ausserdem bauen wir derzeit Hilfe für vor dem Taliban-Regime nach Pakistan Geflüchtete auf.

				8				
4						5	7	
			5		7		8	2
		1	4			3		
3								6
		9			3	1		
7	4		2		5			
	2	3						7
				9				

SOLIDAR-SUDOKU

Füllen Sie die leeren Felder mit den Zahlen von 1 bis 9. Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile, jeder Spalte und in jedem der neun 3×3-Blöcke nur einmal vorkommen.

Das Lösungswort ergibt sich aus den grauen Feldern waagrecht fortlaufend, nach folgendem Schlüssel:
1=O, 2=R, 3=U, 4=S, 5=N, 6=A, 7=J, 8=I, 9=T

Schicken Sie das Lösungswort an Solidar Suisse – mit einer Postkarte oder per E-Mail an: kontakt@solidar.ch, Betreff «Rätsel».

- 1. Preis** Ein Tuch aus Burkina Faso
- 2. Preis** Eine Schutzmaske aus Moçambique
- 3. Preis** Mangos aus Burkina Faso

Einsendeschluss ist der 11. März 2022. Die Namen der Gewinner*innen werden in der Solidarität 2/2022 veröffentlicht. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Von der Teilnahme ausgeschlossen sind Mitarbeitende von Solidar Suisse.

Die Lösung des Rätsels in der Solidarität 4/2021 lautete «Ni una menos». Laurence Marti aus Aubonne hat das Buch «Carrefour des Veuves», Claudia Reolon aus Pfaffhausen einen USB-Stick aus Bolivien und Roland Alpiger aus St. Gallen Mangos aus Burkina Faso gewonnen. Wir danken den Mitspielenden für die Teilnahme.

Lösung:



Petition will Black Friday in der Schweiz stoppen

SRF, 25.11.2021

Tiefe Preise bedeuteten auch tiefe Löhne, sagt Solidar Suisse. Der Detailhandelsverband Retail Suisse zeigt sich zwar gesprächsbereit, aber nicht sonderlich beeindruckt.

Rund 20 000 Menschen in der Schweiz haben die Petition «Stop Black Friday» unterschrieben. Hinter der Petition steckt die Organisation Solidar Suisse, die sich für bessere Arbeitsbedingungen weltweit einsetzt. Fabienne Widmer von Solidar Suisse kritisiert weiter: «Viele Waren sind zu einem so tiefen Preis erhältlich, dass man nicht zweimal überlegt, etwas Neues zu kaufen, anstatt das Alte reparieren zu lassen.»

Wegwerfgesellschaft statt Kreislaufwirtschaft

Adressat der Petition ist der Detailhandelsverband Swiss Retail Federation, dem viele mittelgrosse Händlerinnen wie Ochsner Sport, Manor oder C&A

angehören, nicht aber die grossen Händler wie Coop oder Migros. Laut Verbandspräsidentin Christa Markwalder zeigen Umfragen, dass die Meisten auch an einem Black Friday vor allem Dinge kaufen, die sie ohnehin gekauft hätten. «Dass die Leute in einen Konsumrausch verfallen und lauter unnütze Dinge kaufen, können wir nicht feststellen – zumindest nicht in der Schweiz», so Markwalder weiter.

Manche wollen gar nicht erst an Rabatte gewöhnen

Doch auch innerhalb des Detailhandels sei der Black Friday umstritten, gibt Markwalder zu. Einige Mitglieder ihres Verbandes beteiligen sich nicht am Spiel der Sonderangebote und Sparpreise. Wer sich einmal an Rabatte gewöhnt hat, ist kaum noch bereit, den vollen Preis zu bezahlen. Ein voller Preis deckt aber auch die Umweltkosten ab und ermöglicht faire Löhne.



«Preisreduktionen werden vorgegaukelt»

Limmattaler Zeitung, 23.11.2021

Von Möbel Pfister über die Post bis hin zu Manor: Der Black Friday hat den Handel fest im Griff. Doch die Kritik am Rabatt-Tag nimmt zu.

Mit dem Black Friday startet kommenden Freitag die umsatzstärkste Zeit im Detailhandel. Geschäfte werben Kundinnen und Kunden mit XL-Rabatten an. (...) Sara Stalder, Geschäftsleiterin der Stiftung für Konsumentenschutz sagt, dass es in kaum einem anderen Land so viele Aktionen und Rabattschlachten gebe wie in der Schweiz. (...) Die Entwicklungsorganisation Solidar Suisse fordert mit einer Petition sogar die Abschaffung des Black Friday. Solche Rabattschlachten würden den unverhältnismässigen und unüberlegten Überkonsum fördern, heisst es in einer Mitteilung. Denn die Tiefpreise an Black Friday würden auch zu Lasten von fairen und existenzsichernden Löhnen für Millionen arbeitende Menschen in armen Weltregionen gehen.

Machen Sie mit bei unserer Umfrage

Um den Klimawandel zu stoppen, braucht es einen gerechten Wandel zu nachhaltigem Wirtschaften. Doch passen Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Wirtschaftswachstum zusammen? Teilen Sie uns in der Solidar-Umfrage Ihre Meinung dazu mit!



ZUR UMFRAGE
www.solidar.ch/frage

AKTIV WERDEN

Kämpfen Sie mit uns für globale Fairness. Dazu gibt es im Kleinen wie im Grossen viele Möglichkeiten – hier ein paar konkrete Vorschläge.

Nachhaltig konsumieren

Ein paar Dinge können Sie tun, um nachhaltiger zu konsumieren: Kaufen Sie nur, was Sie wirklich brauchen, am besten secondhand oder dann langlebige Produkte; essen Sie regionale, saisonale, biologische, unverarbeitete, unverpackte Lebensmittel; beachten Sie anerkannte Labels oder fragen Sie im Laden nach den Produktionsbedingungen und setzen Sie so ein Zeichen; organisieren Sie Tauschaktionen unter Freund*innen oder im Quartier bzw. unterstützen Sie solche von NGOs.



MITMACHEN
www.solidar.ch/tipps

Spenden Sie einen Stundenlohn

Solidar Suisse kämpft in Südostasien an der Seite der Arbeiter*innen gegen Ausbeutung und extreme soziale Ungleichheit. Mit Ihrer Unterstützung bringen wir die unhaltbaren Zustände ans Licht und engagieren uns für den Schutz, die Rechte und die Würde der Arbeiter*innen. Lassen Sie uns jetzt gemeinsam der extremen Ungleichheit etwas entgegensetzen!



SPENDEN
www.solidar.ch/
stundenlohnspende

MITKÄMPFEN

IMPRESSUM

Herausgeber Solidar Suisse, Quellenstrasse 31, 8005 Zürich, Tel. 044 444 19 19, E-Mail: kontakt@solidar.ch, www.solidar.ch Postkonto 80-188-1 Mitglied des europäischen Netzwerks Solidar
Redaktion Katja Schurter (verantwortliche Redaktorin), Christian von Allmen, Lionel Frei, Benjamin Gross, Cyrill Rogger

Layout artischock.net
Übersetzungen Katja Schurter, Anne Walder Pfyffer
Korrektorat Jeannine Horni, Catherine Vallat
Druck und Versand Unionsdruckerei/subito AG, Walther-Bringolf-Platz 8, 8201 Schaffhausen Erscheint vierteljährlich, Auflage: 37 000 Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag

inbegriffen (Einzelmitglieder mindestens Fr. 70.–, Organisationen mindestens Fr. 250.– pro Jahr). Gedruckt auf umweltfreundlichem Recycling-Papier.

Rückseite Strassenaktion gegen den Black Friday beim Zürcher Paradeplatz. Foto: Spinax Civil Voices

STOP BLACK FRIDAY



Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung unserer Kampagne gegen sinnlosen Überkonsum!

Wir haben die Petition STOP BLACK FRIDAY mit fast 30 000 Unterschriften dem Schweizerischen Detailhandelsverband geschickt und halten Sie gerne auf dem Laufenden über die Reaktion.

Wir freuen uns, Sie auch dieses Jahr an unserer Seite zu wissen – mit Ihrem Interesse an unserer Arbeit, Ihrem Einstehen für globale Fairness, vielleicht mit einer Spende, kurz: mit Ihrer Solidarität.

www.solidar.ch/blackfriday

**Herzlichen Dank
für Ihr Engagement!**